Unterstützernetzwerken, insbesondere im Hinblick auf ihre Entstehung, Entwicklung und ihr Agieren in bzw. von Sachsen aus sowie bei der Aufklärung, Verfolgung und Verhinderung der der Terrorgruppe „NSU“ und gegebenenfalls den mit ihr verbundenen Netzwerken zurechenbaren Straftaten und der Schlussfolgerungen hieraus.

Abgegeben wurden 118 Stimmscheine, ungültig war keiner. Es wurde wie folgt abgestimmt: a) Vorsitzender: Patrick Schreiber, Fraktion der CDU, Jastimmen: 60, Neinstimmen: 29 Enthaltungen: 29.

(Beifall bei der CDU)

b) Stellvertreter: Klaus Bartl, Fraktion DIE LINKE, Jastimmen: 54, Neinstimmen: 25, Enthaltungen: 39.

(Beifall bei den LINKEN)

Damit ist Patrick Schreiber als Vorsitzender des 3. Untersuchungsausschusses gewählt. Ich frage Sie, Herr Kollege, ob Sie die Wahl annehmen.

Patrick Schreiber, CDU: Ich nehme die Wahl an. – Danke.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ich danke Ihnen. – Klaus Bartl wurde als Stellvertreter des Vorsitzenden des 3. Untersuchungsausschusses gewählt. Ich frage auch Sie, Herr Kollege, ob Sie die Wahl annehmen.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an. – Danke.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ich danke Ihnen. – Meine Damen und Herren, das war das Wahlergebnis.

Tagesordnungspunkt 11

Kinder stärken – Sächsischen Bildungsplan weiterentwickeln und Rahmenbedingungen für die Umsetzung verbessern

Drucksache 5/8658, Antrag der Fraktion der SPD

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Wir treten ein in

Tagesordnungspunkt 12

Personalkonzept statt Einstellungsstopp – Nachhaltige Personalpolitik umgehend einleiten

Drucksache 5/8694, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: einbringende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, DIE LINKE, SPD, FDP, NPD und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Als Einbringerin erhält nun die Fraktion GRÜNE mit Frau Kollegin Jähnigen das Wort.

Eva Jähnigen, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns auf diesem Plenum zu mehreren Tagesordnungspunkten mit dem Dilemma beim Lehrerpersonal beschäftigen müssen. Ich möchte es Ihnen nochmals in Erinnerung rufen; denn unser Antrag hat zum Ziel, dass es nicht zu ähnlichen Entwicklungen in anderen Verwaltungsbereichen kommt, dass wir endlich aus dem Dilemma bei den Lehrerinnen und Lehrern lernen und jetzt das noch Mögliche tun, um solche Entwicklungen zu vermeiden.

Ein Beispiel für die Brisanz unserer Situation ist, dass in der letzten Woche der Beginn des Semesters an der TU Chemnitz verschoben werden sollte. Grund war nicht etwa der Ausbruch einer Epidemie oder ein Notstand im Universitätsgebäude, nein, es war schlichtweg der Kabinettsbeschluss vom 21. Februar 2012. Seit diesem Tag gilt in Sachsen, dass – vorübergehend bis Mitte Juni – alle Neueinstellungen, Vertragsverlängerungen, Entfristungen, externen Zielversetzungen und Ausbildungsabschlüsse von der Zustimmung des Ministerpräsidenten und seines Stellvertreters abhängig sind. Dies gilt in allen Bereichen, für das Personal an Schulen, auch an den selbstverwalteten Hochschulen sowie an den Krankenhäusern, an denen der Freistaat beteiligt ist.

Ich möchte gern skizzieren, was diese Art von Einstellungsstopp wirklich bedeutet. Geht zum Beispiel eine junge Verwaltungsangestellte in der Landesdirektion in den Mutterschutz, so kann ihre Planstelle, die vorübergehend frei ist, nicht ohne Weiteres mit einer befristeten Elternzeitvertretung besetzt werden. Es muss ein Antrag auf Zustimmung zur Einstellung an das Innenministerium gestellt werden. Dieses leitet den Antrag an das Finanzministerium weiter, welches dann ein Votum für die Kommission Tillich und Morlok vorbereitet. Vom Finanzministerium wird der Antrag dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter zugeleitet. Diese entscheiden persönlich über jede Stelle, danach geht der ange-

nommene oder abgelehnte Antrag die ganze Tippeltappeltour zurück. Damit an bürokratischem Aufwand noch nicht genug, muss dieser Antrag selbstverständlich ausführlichst begründet und dargelegt werden, warum die Stelle nicht innerhalb des eigenen Bereiches besetzt werden kann,

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

und man muss zwingende Gründe für die temporäre Stellenbesetzung nennen, auch in Bereichen, in denen interne Besetzung sachlich überhaupt nicht möglich ist, zum Beispiel bei Universitätslehrern. Das nenne ich Bürokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und es ist – noch schlimmer – konzeptlose Bürokratie, von Staatsmodernisierung keine Spur.

Schaut man sich bei diesem ganzen Ärger über die sinnlose Verschwendung von Ressourcen die Homepage der Staatsregierung an, so keimt leise Hoffnung auf, denn dort heißt es – ich zitiere –: "Die Staatsregierung plant die Einführung eines Personalcontrollings." Es sei ein kluges Personalmanagement innerhalb der gesamten Landesverwaltung erforderlich.

Schön, denkt man sich, da haben sie vielleicht doch auf die Reden der GRÜNEN seit Bekanntwerden des unsäglichen Standortkonzeptes gehört und sich einmal unsere Anträge zu Gemüte geführt, in denen wir bereits im letzten Jahr auf die drohende Überalterung der Landesverwaltung hingewiesen haben, und nun wird auf der Grundlage einer Aufgabenkritik ein Personalkonzept erarbeitet, es werden Einstellungskorridore festgestellt, damit wir eine gescheite Altersstruktur bekommen.

Weit gefehlt! Das Einzige, was der Regierung eingefallen ist, ist eine Personalvermittlungsplattform, die es eigentlich schon gibt, die aber nicht so ganz funktioniert. Das ist alles. Es ist nicht einmal falsch. Wenn Ihnen weiter nichts einfällt, ist ganz klar, dass in den Bereichen Justiz, Polizei, Fachverwaltung, Hochschulen und Umweltverwaltung dieselben Probleme wie im Lehrerbereich entstehen. Es ist schon jetzt absehbar.

Ich möchte Ihnen diese Probleme nochmals an Zahlen verdeutlichen. Das Durchschnittsalter in unserer Verwaltung liegt jetzt bei 46,3 Jahren. Bis 2020, also in acht Jahren, werden allein durch Altersverluste rund 20 000 Stellen frei. Wenn man Ihre – bisher halbherzigen – Bemühungen in Sachen Altersteilzeit abrechnet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, werden es vielleicht 400 Stellen weniger sein. Ab 2020 bis 2030 scheiden weitere 30 000 Landesbedienstete altersbedingt aus. Unsere Verwaltung schrumpft also allein aus Altersgründen in dieser Zeit um 50 000 Stellen. Das sind ungefähr 60 %. – Das sind die Fakten.

Nun schauen wir, was Sie als Staatsregierung tun, um der Überalterung entgegenzuwirken. Sie streben an, die Stellen bis 2020 auf 70 000 abzusenken, also 17 000 Stellen einzusparen. Der Innenminister konnte einen Einstellungskorridor von 300 Stellen für die Polizei erwirken. Richtig so! Das sind mit den Einstellungen in den letzten Jahren bis 2020 rund 3 000 Stellen. Das Bildungspaket, über dessen Finanzierung wir heute diskutieren mussten, sieht bis 2016 einen Einstellungskorridor von 2 200 Lehrerinnen und Lehrern sowie die Verdoppelung von Referendarstellen, also weitere zusätzliche 1 000 Stellen, vor.

Der "Staatsmodernisierungsminister" Dr. Martens, der jetzt fehlt, hat ebenfalls ein Problem mit Richtern und Staatsanwälten, die in Rente gehen. Kleine Randnotiz: Bei den Justizvollzugsbeamten ist die Situation viel schlimmer. Er wollte zu den 20 Juristen, die er jährlich einstellt, noch weitere überplanmäßig einstellen, schätzen wir einmal zehn, wenn er die Genehmigung vom Ministerpräsidenten und dessen Stellvertreter bekommt. Das wären bis 2020 weitere 240.

Zählen wir diese Zahlen zusammen und stellen dem gegenüber, dass Sie 17 000 Stellen einsparen wollen, dann müssten Sie eigentlich weitere 3 340 Stellen bis 2020 zusätzlich einsparen, nur um die in diesen drei Bereichen bislang vorgesehenen Neueinstellungen zu realisieren. Dafür hätte ich gern einmal einen Finanzplan und Personalvorschläge, meine lieben Kolleginnen und Kollegen; denn alle weiteren Bereiche, die es noch gibt – Finanzverwaltung, Sozialministerium, Landesdirektion, Umweltbehörden –, können dann überhaupt keine Neueinstellungen mehr vornehmen.

Wollen Sie das mit Ihrem Nichtstun ernsthaft ansteuern?

Es kommt noch schlimmer: Ab dem Erreichen Ihres Stellenabbauziels im Jahr 2020 müssten jährlich 3 000 Neueinstellungen erfolgen, nur um den anvisierten Stand von 17 000 Landesbediensteten zu halten. Wir bekommen ein riesengroßes Problem. So viele Leute können wir gar nicht selbst ausbilden. Dass wir das mit sogenannten Westimporten – also mit Leuten aus anderen Bundesländern – ausgleichen könnten, sehen wir auch nicht; denn bei uns ist die Bezahlung nicht gerade günstig.

Vor diesem Hintergrund fordern wir GRÜNEN Sie dringend auf, endlich ein Personalkonzept für die ganze Verwaltung zu erarbeiten, das auf Analysen und Prognosen beruht, in dem der Personalbedarf abgeschätzt wird, in dem die Statistiken geprüft werden und in dem überlegt wird, wie das zu realisieren ist.

Planen Sie die Personalentwicklung und die Neueinstellungen bis zum Jahr 2020 für alle Bereiche! Weisen Sie konkrete Einstellungskorridore aus und verbessern Sie die Altersstruktur und den Wissensstandard! Überlegen Sie sich, wie Sie das finanzieren können, was Sie bei den Sachkosten sparen können! Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang noch einmal an das Thema der Unterbringung der Verwaltung und die Notwendigkeit einer Sachkostenbremse.

Erarbeiten Sie eine Handlungsstrategie und reden Sie die Probleme nicht schön! Überlegen Sie schon jetzt, wie wir Fachkräfte für den öffentlichen Dienst gewinnen können!

Setzen Sie mit Ihrem Einstellungsstopp keine gegenteiligen Signale, nämlich dass Sie überhaupt nicht mehr einstellen wollen! Zeigen Sie den Bediensteten Ihre Wertschätzung – nicht durch undurchsichtige Leistungsprämien, die Streichung von Urlaub und die Delegation der Entscheidung nach oben, sondern durch transparente Entwicklungschancen und gute Arbeitsbedingungen.

Wir brauchen keine Verwaltungsumzüge, die Kosten erzeugen, wie sie der Landtag beschlossen hat, sondern ein Verwaltungskonzept, das Geld für gutes Personal spart.

Sie haben die Staatsmodernisierung bisher vergeigt. Wenn Sie jetzt ein umfassendes Staatsmodernisierungskonzept in die Hand nähmen, dann könnten Sie mit einem wichtigen Aspekt einer echten Staatsmodernisierung beginnen. Das schlagen wir Ihnen vor.

In Chemnitz konnten die Verträge noch geschlossen werden. Ob die Studenten zum Semesterbeginn kommen werden, wird man sehen. Klar ist: Dieses Chaos ist ein Beispiel für Ihre schlechte Personalpolitik. Sie können das ändern. Wir fordern Sie dazu auf.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf das Interview des Ministerpräsidenten eingehen, das sicherlich als Blitzableiter-Interview in die Geschichte des Landes eingehen wird. Eine Blitzableiterfunktion reicht überhaupt nicht. Ich glaube, es gibt nicht nur ein Führungsproblem, sondern auch ein Problem in der sachlichen Erkennung von Realität: die Realität erkennen und reagieren, und zwar jetzt, aber nicht so spät wie bei den Lehrern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Mackenroth.

Geert Mackenroth, CDU: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat uns kurz vor Ostern noch ein hübsches und für die Kollegen typisches Ei ins Nest gelegt. Vieles ist richtig, aber in mindestens drei Punkten schießen die Antragsteller wieder einmal deutlich über das Ziel hinaus. Sie lassen uns damit keine Chance, Ihrem Antrag zuzustimmen.

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir einem Antrag zustimmen können, in dem erstens der Staatsregierung wahrheitswidrig vorgeworfen wird, sie habe keine Konzepte

(Dr. André Hahn, DIE LINKE: Wo sind sie?)

– dazu kommen wir gleich, Herr Hahn –, in dem unserer klugen Staatsregierung wahrheitswidrig vorgeworfen wird, sie habe keine Konzepte

(Lachen bei den GRÜNEN)

– ich setze gleich noch eins drauf, wenn Sie nicht aufhören zu lachen –, in dem zweitens Prognosen gefordert werden, die selbst Sie schlechthin nicht erfüllen können,

(Antje Hermenau, GRÜNE: Abwarten!)

und in dem drittens holzschnittartig von einem Einstellungsstopp die Rede ist, den es so nicht gibt. Meine Fraktion wird Ihren Antrag daher ablehnen.

Erster Punkt: Einstellungsstopp: Die Staatsregierung hat wie in früheren Jahren auch – was ich aus eigener leidvoller Erfahrung weiß – Vorkehrungen getroffen, dass befristet bis Juni 2012 vor Neueinstellungen erst einmal das intern vorhandene Personal gesichtet und gegebenenfalls, wenn es passt, auf die freien Stellen gesetzt wird. Diese Prüfung geht mittlerweile erfreulich unbürokratisch und fix vonstatten, Frau Kollegin, innerhalb von wenigen Tagen.

Ich halte den grundsätzlichen Ansatz für richtig und sinnvoll; denn zum Personalabbaukonzept der Staatsregierung gibt es, wie man der Kritik des Landesrechnungshofes unschwer entnehmen kann, keine Alternative.

Ich gebe Ihnen recht und es ist richtig: Die Zielzahl von 70 000 Stellen im Jahr 2020 ist noch kein Konzept. Warum muss sich der Freistaat gleichwohl in dieser Richtung bewegen? – Wir leisten uns im Vergleich zu den Flächenländern West unter anderem beim Personal im öffentlichen Dienst Standards, die weit über die der Westländer hinausgehen. Diese sind darüber bekanntlich mehr als beglückt. Im Länderfinanzausgleich und auch in der aktuellen Diskussion über den Solidarpakt wird uns dieses Argument immer wieder vorgehalten, um die Neuverhandlung des Länderfinanzausgleichs, die jetzt mit Gesprächen beginnt, zu Sachsens Lasten zu beeinflussen. Der Personalabbau ist genau deswegen immer noch alternativlos, so schwer er im Einzelfall auch immer ist.

Frau Kollegin Jähnigen, Sie wissen, dass die Hochschullehrer von dieser verwaltungsinternen Regelung ausgenommen sind, ebenso wie das künstlerische Personal und Funktionsstellen in der sächsischen Justiz.

Trotz eines fragwürdigen Briefes des Dekans der Chemnitzer Philosophischen Fakultät hat das neue Semester auch an der Uni Chemnitz pünktlich begonnen und der Semesterstart geklappt. Der Dekan hätte zunächst vielleicht besser seine Universitätsleitung gefragt, die über die Details vom Ministerium bereits informiert war.

Zweiter Ablehnungsgrund: Sie verlangen unmögliche Prognosen. Nach Ihrem Antrag soll eine nahezu stellengenaue Prognose bis für das Jahr 2025 abgegeben werden. Das geht so nicht. Abgesehen von dem nicht vertretbaren Aufwand und der Bürokratie, die die dazu erforderliche Datenerhebung erforderte, wären die Ergebnisse dieser Prognose in kürzester Zeit von der Wirklichkeit überholt und damit unbrauchbar und überflüssig.

Dritter Ablehnungsgrund: Sie reden von Konzeptlosigkeit der Staatsregierung. Es gibt schon jetzt – das weiß ich aus eigener Erfahrung – jede Menge Personalentwicklungskonzepte in der Staatsregierung. Die Staatsregierung wird das gleich detailliert ausführen – davon gehe ich jedenfalls aus.

Wenn ich Sie wäre, verehrte Kollegin Jähnigen, dann hätte ich vielleicht formuliert: Wir haben keinen Mangel an Konzepten, sondern wenn es uns an etwas mangelt, dann möglicherweise an der Umsetzung dieser Konzepte in die Realität.

So viel zu den Gründen, warum wir Ihrem Antrag nicht folgen können. Daneben enthält der Antrag viel Richtiges – ich sagte es bereits. Weil Sie bereits zum großen Teil vorgetragen haben, warum wir ein Personalentwicklungskonzept brauchen, warum wir eine Bestandsanalyse usw. machen müssen, will ich Sie und mich nicht länger als nötig von den Osterfeiertagen abhalten und gebe den Rest meiner Rede zu Protokoll.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Johannes Lichdi, GRÜNE:
Das geht nicht! Das ist unzulässig! –
Stefan Brangs, SPD: Ist doch gut!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das ist nicht unzulässig. Wir haben die Geschäftsordnung in diesem Jahr doch geändert.

(Unruhe – Stefan Brangs, SPD: Haben
wir nicht geändert! Ist aber egal! –
Eva Jähnigen, GRÜNE, meldet sich zu Wort)

Eine Kurzintervention, Frau Jähnigen?

Eva Jähnigen, GRÜNE: Lieber Herr Kollege Mackenroth von der CDU-Fraktion, ich finde es hochinteressant, dass die Staatsregierung angeblich lauter einzelne Konzepte für die einzelnen Bereiche haben soll. Ich frage mich aber, wie die Staatsregierung das darstellen soll, wenn hier vier Ministerinnen und Minister aus einzelnen Fachbereichen anwesend sind, aber der Ministerpräsident fehlt. Ich habe den Eindruck, dass dieses Thema bei aller Brisanz, die dahintersteckt, nicht genügend ernst genommen wird. Das gehört zu dem Wahrnehmungsproblem dieser Koalition und dieser Staatsregierung.

Wir brauchen ein einheitliches Konzept für alle Bereiche, das durchgezogen wird und realistisch ist. Wenn Sie selbst sagen, es wäre bürokratisch, dann kann ich nur sagen: Die Bürokratie, mit der die Regierung jetzt angefangen hat, ist viel schlimmer und viel fruchtloser.

Ich will Sie noch darauf hinweisen, dass es natürlich einzelne Bereiche gibt, das Innenministerium, die Polizei, für die es solche Konzepte bis zum Jahr 2025, stellengenau, völlig selbstverständlich gibt. Das ist nicht bürokratisch, das ist sinnvoll. Sie reden sich hier selbst politisch vor der Verantwortung heraus. Die Staatsregierung ist de facto gar nicht da, und wir können hier gar nicht über die gesamten Konzepte informiert werden. Wie gesagt, vier Ministerinnen und Minister sind da, aber nicht einmal der Ministerpräsident. Wer will jetzt von der ganzen Verwaltung reden? Auch der Staatsmodernisierungsminister fehlt – ein trauriger Zustand, den Sie hier darbieten. Man kann vermuten, dass Ihnen der Beschluss des Kabinetts peinlich ist. Aber das ist schon wieder eine viel zu positive Vermutung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Mackenroth, bitte.

Geert Mackenroth, CDU: Ich nehme an, dass wir uns zu diesen Themen erst einmal anhören, was die Staatsregierung zu sagen hat. Sie ist hier ausreichend, fachkräftig und fachverständig vertreten. Das würde mich als Allererstes interessieren. Ansonsten ist das, was die Kollegin gesagt hat, nicht weiter kommentierungsbedürftig.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Abg. Scheel für die Linksfraktion, bitte.

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das hat so etwas von den drei Affen: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen, es wird schon alles irgendwie gut gehen, und man fährt weiterhin auf Sicht. Wenn es dann gegen die Wand gelaufen ist, wird man ja sehen, was man treibt.

Da ist die Opposition wahrscheinlich schuld, weil wir es nicht deutlich genug gemacht haben, dass hier vielleicht ein Problem vorhanden ist.

Wir können feststellen – Herr Mackenroth hat es gerade ausgeführt –, dass natürlich die Frage von Bewirtschaftungsmaßnahmen im Personalbereich keine Neuigkeit ist. Bis zum Ende 2010 hat es eine solche, landläufig Einstellungsstopp genannte Personalbewirtschaftungsmaßnahme schon gegeben. Dann ist sie ausgelaufen. Vielleicht hat sie der eine oder andere vergessen. Vielleicht lag es daran, dass Herr Voss nicht mehr da war, und vielleicht wollte man einfach einmal probieren, was so passiert. Und was passiert? Alle Ministerien nutzen die Möglichkeit, endlich das nachzuholen, was jahrelang versäumt wurde, nämlich endlich gutes, neues Personal in die Häuser zu bringen. Die Schleusen waren geöffnet und dann in der Kabinettsklausur auf einmal ein großes Aha-Erlebnis. Wie kann es denn sein, dass auf einmal so viele Leute wieder bei uns eingestellt werden?

Man sagt in einer Panikreaktion, das geht natürlich nicht. Da muss nach außen gleich einmal Handlungsfähigkeit bewiesen werden und es wird gesagt, stopp, hier darf gar keiner mehr rein. Das ist nach außen kommuniziert worden, und das hat zu den Irritationen geführt, die Sie jetzt kleinzureden versuchen, die im Nachhinein die beteiligten Stellen erreicht haben.

Das war eine Panikreaktion. Sie war konzeptionslos, genauso konzeptionslos wie am Ende das Schleusenöffnen war, denn auch Einstellungen in einen Personalkörper von über 80 000 Personen kann man nicht einfach so vornehmen. Man muss einen Plan damit verbinden. Man kann nicht sagen, jeder macht jetzt, was er will, sondern

es sollte klar sein, wo und an welcher Stelle wir Personal in Zukunft brauchen, wo wir Vorratswirtschaft betreiben und wo wir Personal bewirtschaften.

Es ist natürlich eine gewisse Absurdität, dass auf einmal der Ministerpräsident mithilfe seiner Richtlinienkompetenz von hier aus und dann der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Morlok – warum eigentlich? –, jetzt jedes Auszubildendenverhältnis mitunterzeichnet, jede Einstellungsmaßnahme, jede Weiterführung einer Beschäftigungsmaßnahme immer weiter gegenzeichnen muss, was am Ende nichts weiter ist, als Bürokratie zu produzieren und wahrscheinlich nach außen wieder nur das Zeichen bringen sollte: Wir sind kraftvoll und handlungsbereit. Dass wir auch bei uns in der Sächsischen Haushaltsordnung Regelungen darüber haben, wer dafür zuständig ist, um Personal zu bewirtschaften – erst mal natürlich die Einzelressorts, und wenn es Probleme in der Stellenplanbewirtschaftung gibt, dann im Einvernehmen mit dem SMF, also der Finanzminister dafür zuständig ist, dort den Zuspruch zu geben –, das wird ausgeblendet, weil es nach außen natürlich so schöner aussieht.

Aber nur schöne Politik nach außen reicht nicht, um Probleme zu lösen, meine Damen und Herren von der Koalition und auf der Regierungsbank, denn ein guter öffentlicher Dienst braucht nun einmal gute Fachkräfte.

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

Da sind wir wieder bei dem Thema des Antrages. Der Freistaat Sachsen ist ja sehr ehrlich in seinem Umgang mit der Frage, wie gehe ich mit Personal um. Er macht kein Personalkonzept, kein Personalentwicklungskonzept, sondern einen Stellenabbaubericht. Denn darum geht es: Stellen abzubauen. Das ist das vorrangige Ziel der Sächsischen Staatsregierung.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Das einzige Ziel!)

– So weit würde ich jetzt nicht gehen. Ich sage, dass es das vorrangige Ziel der Sächsischen Staatsregierung ist.

Es geht natürlich nicht darum, Personalbedarfe zu ermitteln, sondern es geht darum, wo ich noch mehr herauspressen, wo ich noch mehr wegstreichen kann. Es geht auch nicht darum, wie viele Aufgaben eigentlich erledigt werden und ob diese Aufgaben bei diesem Personalbestand überhaupt noch zu bewerkstelligen sind. Das ist ein ernsthaftes Problem. Daher kommt ja überhaupt erst diese Debatte zu den Schulen, die wir heute hatten, dass wir feststellen durften, dass die Planungen an den Realitäten einfach vorbeigehen oder zumindest keiner sich einen Kopf darüber macht, wie man mit den Problemlagen ordentlich umgeht.

Wochenlang haben wir uns jetzt hier herumgestritten. Wir haben in der Doppelhaushaltsverhandlung schon darauf hingewiesen, dass wir einen Aufwuchs an Schülern haben, dass das Personal im Lehrerbereich nicht ausreichen wird. Wir haben Anträge dazu gestellt, dass doch bitte eine Aufstockung des Lehrerpersonals notwendigerweise erfolgen sollte. Wenn Sie dann über ein Jahr oder eineinhalb Jahre später zu der Erkenntnis kommen, dann kann ich Sie zwar beglückwünschen, dass die Erkenntnis spät, aber immerhin noch eintrifft, aber wir können auch festhalten, dass es eine offensichtliche Fehlplanung im Doppelhaushalt gab, Sie von Zahlen und Grundlagen ausgehen und eigentlich nicht wissen, wohin Sie wirklich steuern. Das hat natürlich mit einer Zielzahldebatte zu tun, die der Ministerpräsident ohne Not am Beginn seiner neuen Legislatur losgetreten hat.

Wer sich selbst eine Zielzahl von 70 000 mit auf den Weg gibt und das als einzigen Bestandteil seiner Politik in diesem Bereich versteht, der fährt natürlich dann mit dem Beifahrer Finanzminister irgendwann einmal gegen die Wand. Da gibt es den einen oder anderen Minister, der dann vielleicht auf dem Weg aussteigt, weil er sagt: Da gibt es eine Wand, da fahren wir dagegen, da will ich vielleicht nicht mehr mitmachen. Aber das führt trotzdem nicht dazu, dass Sie jetzt ein Umdenken haben und sagen, wir müssten vielleicht einmal den Rückwärtsgang einlegen.

Die Grunddebatte, die Sie bisher nicht schlüssig nachweisen konnten, ist, wie Sie diese Zielzahl 70 000 Vollzeitbeschäftigte im Freistaat Sachsen bis 2020 darstellen wollen. Sie haben sie bis heute nicht offengelegt. Sie haben bisher nicht nachweisen können, wie Sie in den vier Personalbereichen mit den großen Personalkörpern – Lehrer, Polizisten, Juristen und Hochschule – auf diese Zielzahl kommen wollen. Sie wissen ganz genau, dass noch mindestens 5 000 Stellen fehlen, die bis 2020 nicht untersetzt sind. Das ist nur eine große Aufgabe.

Wenn Sie diese Debatte weiterführen wollen, können Sie das tun. Ich denke, Sie werden sich weiter blutige Nasen genau an der Mauer der Sackgasse holen, in die Sie sich selbst hineinmanövriert haben.

(Beifall bei den LINKEN)

Sie haben davon gesprochen, dass Sie eine Aufgabenkritik durchgeführt hätten. Ich darf noch einmal auf die Große Anfrage verweisen, die meine Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion in der Drucksache 5/4109 „Die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Sachsen“ eingebracht hat. Dort hat die Staatsregierung auf die Frage zur Aufgabenkritik Folgendes festgehalten: „Die Ermittlung des aufgabenbezogenen Personalbedarfs wird im Rahmen der eingeleiteten Aufgabenkritik erfolgen.“ Das ist mittlerweile über ein Jahr her. Ich kann immer noch nicht erkennen, dass diese Aufgabenkritik und dieser notwendige aufgabenbezogene Personalbedarf irgendwo einmal vorgelegen hätte oder gar diskutiert worden wäre, dass er überhaupt entstanden ist. Das ist doch das ernsthafte Problem, das wir haben. Genau darum geht es, Herr Mackenroth: aufgabenbezogenen Personalbedarf darzustellen und dementsprechend hier mit dem Parlament zu diskutieren, worin die Notwendigkeit für die Aufgaben im Freistaat Sachsen und damit für die Bürgerinnen und Bürger besteht. Das haben wir bisher versäumt. Das ist einfach so festzuhalten.

Weiterhin halten Sie fest, dass die letzte Aufgabenkritik doch 2008 stattgefunden hätte, und zwar im Rahmen der Verwaltungsreform, die wir durchgeführt haben. Ich war ja mit dabei, der eine oder andere im Haus vielleicht nicht. Aber wenn ich natürlich jetzt sehe, dass Sie mittlerweile nur noch eine Landesdirektion haben, und wenn ich daran denke, wie damals die SPD mit Milbradt darum gefeilscht hat, ob es möglich ist, aus drei Regierungspräsidien vielleicht eines zu machen, zwei angeboten wurden, es am Ende drei geblieben sind, die dann Landesdirektionen hießen, und jetzt die späte Einsicht kommt, dass das vielleicht doch keine so ganz schlechte Idee war, einmal etwas an den Strukturen zu arbeiten und damit eine alte Idee der LINKEN und der PDS aufzunehmen, nämlich diese Mittelbehörden, diese Absurdität in diesem Land, diesen überbordenden Verwaltungsüberbau endlich einmal auf ein normales Maß zu bringen, dass dies jetzt endlich klargestellt wird, heißt, dass Sie die Aufgabenkritik damals schon nicht verstanden haben und wahrscheinlich heute nicht verstehen.

Wenn wir für jede Aufgabe, wenn es um Strukturen geht, so viel Zeit brauchen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir nach dem Auslaufen des Solidarpakts nackig dastehen, meine Damen und Herren.

Wir haben natürlich noch einen weiteren Punkt, den wir immer wieder gern anführen: Zusammenarbeit über Grenzen hinaus, wo unseres Erachtens ein riesiges Potenzial vorhanden ist, um darüber nachzudenken, wie man diesen Haushalt ordentlich konsolidieren kann. Auch dazu gibt es eine Aussage der Staatsregierung in dieser Großen Anfrage; auch diese gebe ich Ihnen gern zur Kenntnis: „Die Meinungsbildung innerhalb der Staatsregierung zu weiteren Projekten der länderübergreifenden Zusammenarbeit ist noch nicht abgeschlossen.“ Auch das ist über ein Jahr her. Ich fürchte, Sie werden sie wahrscheinlich auch nie abschließen, weil Ihnen auch da die Fantasie und die Kreativität fehlen, einfach darüber nachzudenken.

Ich finde es schon sehr bedauerlich, dass es im Norden unseres Landes fünf Bundesländer schaffen, eine gemeinsam abgestimmte Hochschulpolitik zu entwickeln, es schaffen, ein gemeinsames Dienstrecht zu haben, und wir herumkrepeln und es nicht mal auf die Reihe bekommen – und ich sage gar nicht, dass ich das will –, einen gemeinsamen mitteldeutschen Knast zu gestalten zwischen drei Bundesländern. Das ist wirklich ein Armutszeugnis für diese Staatsregierung, auch in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern.

Wenn ich Ihnen noch ein weiteres Zitat geben darf – und das ist meines Erachtens das größte Armutszeugnis: Sie zitieren in dem Antrag Drucksache 5/7257 in der Stellungnahme der Staatsregierung zu dem Vorantrag der GRÜNEN zu diesem Thema zur Frage der exekutiven Eigenverantwortung: „Die künftige Entwicklung und Fortschreibung ist Gegenstand des internen Abstimmungsprozesses innerhalb der Staatsregierung, welches als Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung zum nicht ausforschbaren Beratungs- und Handlungsbereich zählt.“

Sie können sich natürlich gern davor verschanzen und sagen, das geht Sie alles nichts an; allerdings wird uns als Landtagsabgeordnete – und ich bin sicher nicht der Einzige, dem es so geht – so langsam bange darum, ob Sie es wirklich im Griff haben.

Deshalb würde es uns wirklich sehr freuen, wenn Sie uns ermöglichen würden, einen kleinen Blick hinter Ihre Gedanken zu werfen oder vielleicht besser auf Ihre Gedanken,

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Nein, da ist nichts!)

damit wir vielleicht erfahren könnten, ob nicht wirklich irgendwo noch eine Idee ist, wie in diesem Land mit dem Personal, mit den Aufgaben, die stehen, mit dem nötigen Personal und vielleicht auch mit den Bedarfen, die vorhanden sind, umzugehen ist.

Insofern gebe ich Ihnen auch gern noch ein paar Tipps mit. Wenn wir uns unsere Ministerien so anschauen – jetzt ist Herr Staatsminister Morlok leider nicht da –, aber anstatt sich eine tolle teure Lampe hinzustellen, sollte man sich vielleicht mal einen Spiegel kaufen. Den Spiegel sollte man vielleicht ab und zu einmal nehmen und sich anschauen, und dann sollte man sich fragen: Braucht mich dieses Land noch?

(Heiterkeit und Beifall bei
den LINKEN und den GRÜNEN)

Vielleicht würde das dazu führen, dass man sich auch die Frage stellt, ob das eine oder andere Ministerium nicht mittlerweile überflüssig ist und ob dieser überbordende Verwaltungsaufbau in der Konsequenz bis zum Ende unserer Tage fortgesetzt werden muss. Immerhin ist es in Baden-Württemberg – auch so ein Vergleichsland – bereits gelungen, zum Beispiel Wirtschafts- und Finanzministerium zusammenzulegen. Ich sage nicht, dass das so sein muss, aber Sie könnten ja zumindest einmal darüber nachdenken, ob das eine oder das andere Ressort noch länger nötig ist.

(Zuruf der Staatsministerin Christine Clauß)

– Wir können gern darüber sprechen. Ich sage ja nur: Machen Sie sich doch einmal darüber Gedanken. Ich habe so das Gefühl, es gibt eine Leere in der Staatsregierung, eine Art Vakuum, dass Sie gar nicht mehr bereit sind, darüber nachzudenken, wo man vielleicht ansetzen könnte – und vor allen Dingen nicht, wenn es um die Spitzen in Ihren Häusern geht. Darüber müsste man als Erstes einmal nachdenken.

Wenn ich schon beim Spiegel bin, dann kann ich gleich den Ministerpräsidenten mit seinem heutigen Interview gern noch einmal erwähnen. Wozu haben Sie eigentlich, Herr Ministerpräsident – auch wenn er nicht da ist –, diese „Spiegel“-Referate? Wozu haben Sie sie, wenn Sie Mitarbeiter in Ihrem Haus haben, die Ahnung darüber haben sollen, was in den anderen Häusern stattfindet, Sie

aber überhaupt kein Interesse daran haben, mit diesen Informationen irgendetwas anzufangen? Dann können wir auch diese „Spiegel“-Referate streichen; dann reicht es, wenn Sie einen Pressesprecher, einen Fahrer und ein paar Sicherheitsleute haben, und dann haben wir alles getan, was für diesen Ministerpräsidenten nötig ist.

Insofern fürchte ich, meine Damen und Herren von der Koalition: Sie werden, auch wenn Sie diesen Antrag ablehnen, das Problem nicht lösen. Das Problem bleibt, und wir werden dranbleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN – Johannes Lichdi, GRÜNE: Ich muss sagen, das war eine Glanzleistung!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD; Herr Brangs, bitte.

Stefan Brangs, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schwierig, nach den vorherigen Redebeiträgen noch einige Bonbons herauszugreifen, um noch einmal die Aufmerksamkeit zu bekommen.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Die Gewerkschaft siegt!)

Was mir als Erstes aufgefallen ist, als ich den Antrag gesehen habe, ist, dass die GRÜNEN – und das ist als positiv anzumerken – ihrem Namen alle Ehre machen. Sie recyceln auch ihre eigenen Anträge, das ist ganz okay,

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

denn wenn man sich den Antrag Drucksache 5/7257 anschaut, ist dies fast der gleiche Antrag, wie er uns jetzt mit der neuen Drucksachennummer vorliegt. Er ist, zugegeben, ein wenig aufgehübscht, geht aber in die gleiche Richtung. Er ist deshalb nicht falsch, das will ich ausdrücklich sagen, weil das Problem als solches durchaus besteht.

Besonders deshalb war es ganz sinnvoll, dass es den alten Antrag gibt, denn auf diesen musste die Staatsregierung reagieren. Ich habe mir genau angeschaut, was die Staatsregierung im November 2011 gesagt hat: „Die Staatsregierung arbeitet an dem selbst gesteckten Ziel eines intelligenten Personalentwicklungskonzeptes nach den oben genannten Kriterien.“

Lieber Kollege Mackenroth, hier scheint es einen Dissens zu geben. Sie sagen, es gibt ganz viele Personalentwicklungskonzepte, die nicht umgesetzt werden – und die Staatsregierung sagt genau das Gegenteil: Sie arbeitet gerade an einem Personalentwicklungskonzept – und zwar an einem intelligenten, das ist ja noch einmal etwas Besonderes; also arbeitet sie scheinbar manchmal an nicht intelligenten Vorlagen, aber hier arbeitet sie an intelligenten Vorlagen –; das ist schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Deshalb macht es Sinn, sich das Problem näher anzuschauen. Ich denke, das Problem ist, dass viel geredet wird, aber eigentlich nicht verstanden wird, was sich dahinter verbirgt. Viele sprechen von Personalentwicklung, dass man Personal mitnehmen muss auf den Weg, dass man eine Personalpolitik machen muss, die an die Rahmenbedingungen angepasst ist. In Wirklichkeit, stellen wir fest, geht es nur darum, Stellen abzubauen. Das ist das einzige Ziel.

Deshalb will ich einige Stichpunkte des Kollegen Mackenroth aufgreifen, die mir gut gefallen haben. Wenn Sie sagen, dass die Staatsregierung gut beraten ist, dann kann ich mir vorstellen: Wenn das der Finanzminister macht, liegt die Fachlichkeit darin, dass er den Geldhahn zudreht oder aufdreht, und die Fachlichkeit liegt nicht darin, langfristig an eine Personalentwicklung zu denken, die die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaates durch gut ausgebildetes Personal in der öffentlichen Verwaltung auf einem vernünftigen Stand hält. Das passiert nämlich dann nicht.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Wenn man sich einige Beispiele der Personalentwicklung heraussucht, wie sie die CDU und die FDP für die Staatsregierung annimmt, als Personalentwicklung bezeichnen zu dürfen, dann habe ich einmal einen Leckerbissen mitgebracht. Und zwar gibt es eine Stellenausschreibung des Staatsministeriums des Innern, in der ein Bote oder eine Botin gesucht wird. In dieser Stellenausschreibung steht, dass befristet bis zu einem genau benannten Zeitpunkt eine Botin gesucht wird, und voraussichtlich ist eine befristete Weiterbeschäftigung möglich. Jetzt kommt es: „Diese Stellenausschreibung richtet sich aber ausschließlich an Beschäftigte, welche sich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis befinden.“

(Heiterkeit bei der SPD und den LINKEN – Cornelia Falken, DIE LINKE: Eine Frechheit!)

Großes Kino! Nun könnte man sagen, das ist deshalb der Fall, weil man eine bestimmte Aufstiegsmöglichkeit einräumen will, also eine Personalentwicklung bei einer Botin oder einem Boten betreiben will. Wir sprechen hier über die E 3. Für die, die es nicht wissen: Das sind in der Stufe 1 rund 1 800 Euro brutto. Sie müssen mir einmal erklären, wie das große Ziel der Personalentwicklung in den Konzepten mit der Realität zusammenzubringen ist, wenn ein Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes eine solche Ausschreibung sieht.

Auch hier geht es darum, dass sehr viel Porzellan zerschlagen worden ist und auch mit dem Handeln der Verwaltung das Personal zusehends den Eindruck hat, dass es nur noch ein Kostenfaktor ist und es nicht darum geht, Beschäftigten – einfach weil sie eine gute Leistung bringen – eine Perspektive zu eröffnen. Das ist ein Punkt, der absolut vernachlässigt wird.

Ich weiß, dass es auch bei uns im Landtag einige gibt, die glauben, man müsse den öffentlichen Dienst auf den viel zitierten Nachtwächterstaat reduzieren. Ich habe an dieser

Stelle schon oft gesagt: Was wir brauchen, ist eine Debatte um die Zukunft der öffentlichen Verwaltung und um die Daseinsvorsorge. Wir müssen mit den Menschen darüber reden, welche Leistungen sie vom Staat erbracht haben wollen, zu welcher Qualität sie sie erbracht haben wollen und ob sie bereit sind, dafür entweder mehr an Gebühren, eine andere Form von Steuergerechtigkeit einzuführen, und wir müssen mit ihnen darüber reden, was sie nicht wollen.

Ich plädiere dafür, dass man wesentlich offensiver mit der Frage umgeht, was der Staat leistet, was ein Gesundheitswesen in staatlicher Hand leistet, was Erzieherinnen und Lehrer leisten, was aber auch Mitarbeiter im Bereich der Ver- und Entsorgung leisten, was Feuerwehrleute, Polizisten etc. leisten. Das ist eine Qualitätsdebatte, nämlich die Qualität des öffentlichen Dienstes, in welcher Form wir ihn vorhalten wollen. Diese fehlt, wenn man Personal ausschließlich als Kostenfaktor begreift.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Deshalb meine ich, dass der Antrag in die richtige Richtung geht. Ich glaube auch, sehr geschätzter Kollege Mackenroth, dass es Sinn hat, sich im Detail anzuschauen, wo wir Durchschnitte mit anderen Bundesländern bilden. Wenn Sie sich die Situation dort zum Beispiel im Bereich der Polizei ansehen, werden auch Sie feststellen, dass es Länder gibt, die zwar einen hohen Anteil an Personal abgebaut haben, aber jetzt feststellen, dass sie die Aufgaben nicht mehr erfüllen können, und neue Polizeibeamte einstellen.

Was will ich damit sagen? Es geht immer um die Frage: Was kann ich wie erbringen? Mit welcher Leistung will ich was erreichen? Dazu muss ich zunächst einmal darlegen: Was ist meine Vision? Was ist mein Ziel? Auch muss ich mir Gedanken darüber machen, wie mein Selbstverständnis vom Staatsaufbau ist und was ich erreichen will.

Genau das fehlt in der Debatte und im Selbstverständnis der Staatsregierung. Deshalb müssen wir alles daransetzen – auch mit einem solchen Antrag –, diese Debatte zu befördern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die FDP-Fraktion Herr Prof. Schmalfuß, bitte.

Prof. Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag die Staatsregierung auf, anstatt eines – angeblichen – Einstellungsstopps ein jährlich fortzuschreibendes Personalkonzept zu erarbeiten.

Werte Kollegen der Fraktion der GRÜNEN, leider muss ich Sie gleich zu Beginn meiner Rede enttäuschen: Es gibt keinen Einstellungsstopp! Einstellungen sind auch weiterhin möglich.

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Dann sollten Sie den entsprechenden Institutionen Bescheid sagen! Die wissen das noch nicht!)

– Frau Falken, Sie können gern hier vorn das Wort ergreifen. Noch einmal: Es gibt keinen Einstellungsstopp! Ich fordere die nachfolgenden Redner der Opposition auf, uns, der Koalition aus CDU und FDP, das Gegenteil zu beweisen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben hier im Sächsischen Landtag im Dezember 2010 einen geltenden Haushalt beschlossen. Dieser enthält, wie Sie alle wissen, auch einen Stellenplan. An diesen hat sich die Staatsregierung zu halten. Das wird sie tun. Wir als Koalitionsfraktionen werden das auch kontrollieren.

Wenn im Rahmen des Stellenplans Einstellungen notwendig sind, werden diese natürlich vorgenommen; dafür gibt es ein bestimmtes Prozedere. Bis Juni 2012 müssen lediglich etwaige Neueinstellungen vom Ministerpräsidenten oder seinem Stellvertreter genehmigt werden. Hintergrund dieses Vorgehens ist die Einrichtung eines Personalcontrollings, das die Verfügbarkeit von freiem Personal in der Landesverwaltung zur Besetzung von freien Stellen abgleicht und so zu einer effizienteren Stellenbesetzung beitragen soll.

Auch in diesem Zusammenhang muss Ihrer Forderung nach einem Personalkonzept widersprochen werden. Der effiziente Personaleinsatz ist nach meiner Wahrnehmung bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt wichtiges Anliegen der Staatsregierung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Staatsregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, dass der Freistaat Sachsen im Jahr 2020 auf eigenen Beinen stehen kann. Dieses Ziel finden wir als FDP-Fraktion richtig; es findet unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich die Koalition darauf verständigt, im Rahmen der sogenannten Staatsmodernisierung den Freistaat Sachsen einer umfassenden Aufgaben-, Ausgaben- und Strukturkritik zu unterziehen. Dieser Prozess erfolgt fortlaufend.

Um die sächsische Verwaltung nachhaltig, zukunftsfest, leistungsstark und demografiefest zu machen, ist der geplante Personalabbau notwendig und auch fortzusetzen. Aus diesem Grund wird der über 80 Seiten starke Stellenabbaubericht der Sächsischen Staatsregierung zum Haushaltsplan periodisch fortgeschrieben. Mit diesem Bericht wird ständig im Bereich eines jeden Ressorts überprüft, wie viel Personal perspektivisch im Jahr 2020 anhand der Aufgaben und der Effektivität der Organisationsstruktur benötigt wird.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass bereits heute etwa 24 % des Gesamthaushalts Personalausgaben sind – Tendenz: deutlich steigend!

(Klaus Tischendorf, DIE LINKE: Die FDP hat gut dazu beigetragen mit ihren Staatssekretären! Die FDP hat sich insoweit sehr bemüht!)

Und: In Sachsen sind mehr Menschen in der Verwaltung tätig als in anderen vergleichbaren westdeutschen Flächenländern. Es ist nicht vermittelbar, wenn wir uns mithilfe solidarisch überlassener Mittel dauerhaft deutlich mehr Personal leisten als diejenigen Länder, die diese Mittel bereitstellen.

Aus diesem Grund müssen wir auch weiterhin das Personalabbauziel fest im Blick behalten.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir, die Überflüssigkeit Ihres Antrags noch einmal an einem konkreten Beispiel zu skizzieren: Das Konzept „Polizei.Sachsen.2020“ stellt genau das dar, was Sie in Ihrem Personalkonzept fordern. Am Anfang stand eine umfassende Aufgabenanalyse. Im zweiten Teil wurde die künftige Organisationsstruktur der sächsischen Polizei festgeschrieben. Der dritte Teil, das sogenannte Feinkonzept, beinhaltet – stellengenau! – die Aufbaustruktur der zukünftigen fünf Polizeidirektionen sowie des Landeskriminalamtes, der Bereitschaftspolizei, des neuen Polizeiverwaltungsamtes und der Hochschule der Sächsischen Polizei. Das Feinkonzept legt darüber hinaus die künftige Personalstärke für alle Polizeistandorte im Freistaat Sachsen fest.

Kurzum: Die von Ihnen geforderte Personalplanung betreibt die Staatsregierung bereits. Ihres Antrags bedarf es nicht. Deswegen werden wir, die FDP- und die CDU-Fraktion, den vorliegenden Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die NPD-Fraktion Herr Abg. Gansel, bitte.

Jürgen Gansel, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Die beste Zeit, ein Problem anzupacken, ist die Zeit vor seiner Entstehung.“ Diesen Aphorismus hat die Staatsregierung bei ihrem überhasteten Einstellungsstopp, der per Kabinettsbeschluss am 21. Februar dieses Jahres zunächst bis Juni verhängt wurde, nicht beherzigt.

Seit Jahren ist bekannt, dass die Finanzmittel für den Aufbau Ost aus den Fördertöpfen der Europäischen Union – also sprechen wir von rückfließendem deutschen Steuergeld – und die Zuweisungen des Bundes immer geringer werden. Der Freistaat Sachsen muss zukünftig jährlich etwa 200 Millionen Euro weniger einkalkulieren.

Genauso absehbar wie diese wegfallenden Mittel aus den bekannten Fördertöpfen war der demografische Niedergang infolge von Geburtenmangel und Abwanderung, den die etablierten Parteien nicht etwa bekämpft, sondern durch Unterlassungssünden auf dem Gebiet der Bevölkerungs-, Familien- und Wirtschaftspolitik erst noch befördert haben.

Die Sächsische Staatsregierung hätte auch den Lehrermangel durch anstehende Massenverrentung vorhersehen können – und müssen! – wie auch die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst mit spürbaren Lohnsteigerungen und damit Mehrkosten für den Staatshaushalt. Aber Blindflug gehört zur Regierungstechnik des Ministerpräsidenten, der bekanntermaßen Probleme lieber weglächelt als anpackt.

Bereits der erste Einstellungsstopp – für die Jahre 2006 bis 2010 – war so rigide, dass sich die Staatsregierung nicht zu wundern brauchte, dass nach dessen Auslaufen die Zahl der Einstellungen wieder deutlich anstieg: von circa 350 im Jahr 2010 auf über 1 600 im Jahr 2011.

Gut gemeint sind Einsparungen im öffentlichen Dienst sehr wohl, wenn es nicht gerade Polizisten und Lehrer trifft. Einsparungen im öffentlichen Dienst hat die Staatsregierung zwar gut gemeint, aber wieder einmal ist es ihr nicht gut gelungen. Man hat es hier mit einem chronischen Umsetzungsproblem durchaus richtiger Ansätze zu tun.

Mit dem neuerlichen Einstellungsstopp ohne Plan und Ziel bietet die Staatsregierung zudem den drei linken Landtagsfraktionen wieder die Möglichkeit, sich als Klientelpolitiker für den öffentlichen Dienst zu profilieren. Statt teurer Tischlampen für den Wirtschaftsminister und noch teurerer Rhetorikschulungen für den Regierungssprecher sollte sich die Staatsregierung vielleicht endlich ein Nachtsichtgerät zulegen, damit die Blindflugpolitik nicht noch größeren Schaden anrichtet.

(Beifall bei der NPD)

Dann würde vielleicht – nicht vielleicht, sondern ganz sicher – der Stimmungsmache der GRÜNEN der Boden entzogen werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass der Abg. Gerstenberg unlängst mit Einlassungen zu den Stellensperrungen den Eindruck zu erwecken versuchte, als ob durch den Erlass der Staatsregierung die Lehre an den sächsischen Hochschulen im Sommersemester regelrecht zum Erliegen kommen werde.

(Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Das war doch so!)

Peinlich für Sie war, Herr Gerstenberg, dass der Sprecher der TU Dresden und der Kanzler der Dresdner Musikhochschule dieser Aussage eindeutig widersprachen und klarstellten, dass weder aktuelle Berufungsverfahren von Professoren noch die Einstellung von Lehrern von der Einstellungssperre berührt sein werden.

Meine Damen und Herren! Sachsen benötigt einerseits in den nächsten Jahren sehr viel mehr Lehrer an Schulen und Hochschulen. Andererseits muss die Zahl der Verwaltungsstellen dem Durchschnittswert bundesdeutscher Flächenländer angenähert und damit reduziert werden,

denn alles andere ist angesichts des schon vorhandenen Streites um den Solidarpakt nicht vermittelbar und nach dessen Auslaufen erst recht nicht finanzierbar.

Der Einstellungsstopp der Staatsregierung war zwar überhastet, wenig transparent und daher kritikwürdig. Das Bürokratiemonster, das die GRÜNEN mit ihrem Antrag zur Datenerhebung von der Leine lassen wollen, ist jedoch ein Hemmschuh für jede nachhaltige Personalpolitik und wird damit den eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Die NPD-Fraktion kann sich bei diesem Antrag daher nur der Stimme enthalten.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Wird eine zweite Runde gewünscht? – Mir liegt keine Wortmeldung vor. Bitte, Herr Mackenroth.

Geert Mackenroth, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Zu Ihnen, Herr Kollege Scheel. Rhetorisch wie immer prächtig, aber inhaltlich habe ich Sie schon besser gehört. – Da hinten ist er, jawohl. – Was Sie als Gipfel der Hilflosigkeit thematisiert haben, den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, so etwas gibt es in der Tat. Ich möchte erleben, wie Sie reagieren würden, wenn Ihnen Überlegungen aus dem Bereich der Verwaltung bekannt würden, bei denen es darum geht, über den Umfang der notwendigen Daseinsvorsorge nachzudenken. Ich glaube, Sie würden so was von aufschreien, dass ich jeder Regierung nur raten kann, diese Überlegung zunächst einmal, wie es unsere Verfassung vorsieht, im stillen Kämmerlein anzustellen und damit rauszugehen, wenn die Überlegungen ein Resultat geboren haben.

Herr Brangs, zwei Punkte zu Ihnen. Ich fand das interessant, und wir sollten die Unterhaltung fortführen. Das lässt sich ja alles hören. Es geht mir um Ihren Vorwurf, das Ziel, der Stellenabbau, sei ein Teufelswerk. Im Gegenteil: Die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen haben die Verpflichtung, darüber nachzudenken, dass wir Steuergelder sinnvoll, effektiv und zielgerichtet einsetzen, um nicht eine einzige Stelle zu viel zu haben.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Günther Schneider, CDU, und vereinzelt bei der FDP)

Der Rechnungshof säße uns im Nacken und die Opposition würde ein Schlachtfest mit uns feiern. Das wollen wir eben auch nicht so gern. Wir müssen schon sehen, dass wir genau arbeiten und Ressourcen heben, Effizienzen wecken, die noch vorhanden sind, aber ein wenig im Tiefen schlummern.

(Holger Mann, SPD, meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Zweitens. Sie gerieren sich hier als Apologet der Debatte über den Umfang der Daseinsvorsorge. Das ist deswegen gefährlich, weil Ausgangspunkt einer solchen Debatte immer nur der Status quo sein kann. Es geht in dieser Debatte nie um Absenkungen der Daseinsvorsorge, sondern um Standarderhöhungen. Ich warne vor dieser Debatte, weil uns die Standarderhöhungen in der gegenwärtigen finanzpolitischen Lage auf die Füße fallen. Wir werden im Länderfinanzausgleich bluten, wenn wir uns weiterhin Standarderhöhungen leisten, wie wir sie in den letzten Jahren betrieben haben. Deswegen würde ich zwar gern die Debatte führen, aber in beide Richtungen, und würde zusehen, dass sie keine Einbahnstraße ist. In der Sache bleibt es bei der Ablehnung.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Eine Kurzintervention. Bitte.

Holger Mann, SPD: Der Kollege wollte mich nicht mehr sehen. Dann mache ich es per Kurzintervention. Sehr geehrter Herr Kollege Mackenroth, Sie haben jetzt zwei Aussagen getroffen: Zum einen könnten wir als Opposition nicht erwarten, dass man schon vorfristig über das Handeln der Staatsregierung informiert wird. Dazu würde ich Ihnen gern sagen: So, wie es passiert ist, dass quasi die Hochschulen mitten im Verfahren von Einstellungen oder auch andere Institutionen informiert wurden, war es auch nicht der ideale Weg, sondern die Staatsregierung hätte gut daran getan, ihre Vorhaben mit dem abzugleichen, was in der Realität in Sachsen stattfindet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum anderen haben Sie gesagt, es muss alles gut vorbereitet werden. Dazu möchte ich Ihnen ein paar Zitate aus der Kleinen Anfrage zum Personalcontrolling – drei Mal dürfen Sie raten, zu welchem Bereich – verlesen. Frage 1: Mit wie vielen Anträgen seitens der sächsischen Hochschulen rechnet die Staatsregierung? Antwort: Die genaue Anzahl der Anträge ist aufgrund der Möglichkeit, Gruppenanträge zu stellen, derzeit nicht feststellbar. Frage 2: In welchem Zeitraum, mit welcher Frist wird ein gestellter Antrag abschließend bearbeitet werden? Antwort: Eine bestimmte Frist zur abschließenden Bearbeitung der Anträge ist nicht vorgegeben. Frage 3: Welcher Mehrverwaltungsaufwand entsteht den Hochschulen sowie den Ministerien durch die getroffene Regelung? Antwort: Der Sach- und Personalaufwand für die Bearbeitung eines Antrages ist unter anderem im Hinblick auf die Möglichkeit, Gruppenanträge zu stellen, nicht ermittelbar.

Wenn Sie nicht einmal wissen, was das eigene Verfahren an Mehraufwand bedeutet, dann sagen Sie uns doch nicht, das müsse alles im Detail und ordentlich vorbereitet werden. Das widerspricht sich schon im Kern und ist keine solide Argumentation im Vergleich mit den Anträgen der Opposition.

(Beifall bei der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wer wünscht jetzt noch das Wort? – Es sieht nicht so aus, als ob es noch Gesprächsbedarf gibt. – Die Staatsregierung hat das Wort gewünscht. Herr Minister Unland, bitte.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine nachhaltige Personalpolitik ist ein zentrales Anliegen der Sächsischen Staatsregierung. Die Gründe sind Ihnen bekannt. Bis 2020 sinken die Einnahmen des Freistaates Sachsen um real 2 bis 2,5 Milliarden Euro. Es ist eine gigantische Aufgabe, den Haushalt darauf hin auszurichten. Demgegenüber sehen wir uns seit Jahren einem ungebremsten Anstieg der Personalausgaben ausgesetzt, und dies, obwohl bereits in einem beachtlichen Umfang Personal abgebaut wurde. Die Dynamik des Anstiegs konnte lediglich gebremst werden.

Die Ursachen hierfür sind Tarifsteigerungen und hohe Steigerungsraten bei den Versorgungsausgaben. Trotz des bisher feststehenden Abbaus auf rund 77 000 Stellen steigen die Personalausgaben auch in den kommenden Jahren weiter stetig an. Hier müssen wir gegensteuern und weitere Stellen abbauen. Dies ist kein Selbstzweck. Wir müssen die durchschnittlichen Personalausstattungen der westdeutschen Flächenländer anstreben. Die Umsetzung dieses Ziels verlangt eine durchdachte Personalstrategie. Dies ist ein zentrales Element der Staatsmodernisierung.

Die Eckpunkte liegen seit der Eckwerteklausur der Staatsregierung im Februar vor. Erstens. Schlanke Strukturen. Dazu gehört das vom Landtag beschlossene Standortegesetz. Zweitens: Bürgernahe und effiziente Prozesse. Dazu gehören Bürokratie- und Vorschriftenabbau. Drittens: Die Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben. Das bedeutet unter anderem Aufgabenverzicht und Aufgabenbündelung. Viertens: Leistungsfähiges und motiviertes Personal. Dazu gehört unter anderem ein interner Arbeitsmarkt.

Auf der Basis dieser Eckpunkte erarbeitet derzeit eine Projektgruppe eine Personalstrategie. In Zusammenarbeit mit den Ressorts soll diese Strategie die Leistungsfähigkeit und Attraktivität der sächsischen Landesverwaltung trotz des Personalabbauziels sichern. Durch die Umsetzung der Strategie soll in allen Verwaltungsbereichen – und das ist eine sehr ambitionierte Aufgabe – das richtige Personal für die richtigen Stellen zur richtigen Zeit in der richtigen Anzahl vorhanden sein, um die Aufgaben ordnungsgemäß und effizient erfüllen zu können.

(Karl Nolle, SPD: Bei den Lehrern haben wir das ja schon!)

Der angestrebte Personalabbau ist sehr ambitioniert und ohne Aufgabenkritik nicht zu meistern. Bis die vorgesehene verbesserte Steuerung der Personalressourcen eingerichtet ist, gilt vorübergehend das Zustimmungserfordernis seitens des Ministerpräsidenten und dessen Stellvertreters für Neueinstellungen von Bewerbern außerhalb unserer Verwaltungen. Dieses Personalcontrolling bezeichnen die Antragsteller fälschlicherweise als Einstellungsstopp.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Schule ist aber keine Verwaltung!)

Die Sächsische Staatsregierung ist bereits auf dem Weg zu einer umfassenden und nachhaltigen Personalstrategie. Deshalb bitte ich um Ablehnung des Antrages.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Möchten Sie noch reden, Herr Brangs? – Ich schaue, ob Sie noch Redezeit haben. Sie haben noch 8 Minuten.

Stefan Brangs, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist wirklich noch einmal wichtig, nachdem der Finanzminister gesprochen hat,

(Zuruf von der SPD: Hat er etwas gesagt?)

die Punkte zu benennen, die er eben gerade nicht erwähnt hat, weil das in den letzten Jahren zur Politik der mehrheitlich von der CDU-geführten Staatsregierung gehört.

Ich möchte an Folgendes erinnern: Das Thema Aufgabenkritik, das man hier immer wie eine Monstranz vor sich her trägt, haben wir bereits, als wir selbst mit regiert haben, im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Funktionalreform als Bedingung genannt, um über eine sinnvolle Verwaltungs- und Funktionalreform zu sprechen.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ja!)

Ich kann mich an Lenkungsausschusssitzungen erinnern, an denen auch mein Kollege Thomas Jurk teilgenommen hat. Wir haben uns mit der CDU nächtelang darüber gestritten, ob eine solche Aufgabenkritik notwendig ist, in welchem Umfang sie notwendig ist, welche Zielrichtung sie hat. Die Umsetzung ist am Widerstand der CDU gescheitert.

Deshalb, Herr Finanzminister, glaube ich es Ihnen nicht mehr, dass Sie ernsthaft ein Interesse daran haben, von einer Aufgabenkritik auf die Frage der Leistungsfähigkeit des Staates, auf die Frage nach der Leistungsfähigkeit des Personalbestandes zu kommen. Die Erfahrungen, die ich gemacht habe, sind leider andere.

Das Thema, das wir uns nach meiner Auffassung wirklich vornehmen müssten, ist: Es wird gesagt, wir müssten damit umgehen, dass wir geringere Finanzmittel haben, also müssten wir abbauen. Die Frage aber, zu welchen Bedingungen wir am Ende die Verwaltung arbeiten lassen, also dass sie vielleicht in ihrem Leistungsumfang schlechtere Leistungen erbringt, wird nicht beantwortet.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Das heißt, das Thema muss sein: Welche Qualität von Leistungen wollen wir haben? Was wollen wir wie erbringen? Das geht nur, indem man ernsthaft über eine Aufgabenkritik nachdenkt und auch sagt, was der Staat wie erbringen soll. Deshalb ist der Hinweis, dass man sich ausschließlich auf den Kern reduzieren soll, mit der Frage zu verbinden, was der Kern ist, wie man den Kern be-

greift und wie man staatliches Handeln im Kern der Verwaltung sieht.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Klaus Tischendorf, DIE LINKE)

Darüber gibt es einen Dissens. Ich glaube deshalb, dass es notwendig ist, weiter darüber zu debattieren.

(Beifall bei der SPD, den
LINKEN und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich rufe jetzt das Schlusswort auf. Frau Abg. Jähnigen, bitte.

Eva Jähnigen, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, ich bin auf meine sehr freundliche Art sehr sachlich hineingegangen, und ich dachte, wir geben Ihnen einmal eine Chance zu zeigen, dass Sie nach dem Dilemma mit den Lehrern Problembewusstsein entwickelt haben. Sie haben diese Chance nicht genutzt.

Es fängt damit an, dass in der Koalition niemand erklären konnte, was das jetzt eigentlich ist, wenn es kein Einstellungsstopp ist, denn einen Vorrang der internen Besetzung und den internen Stellenmarkt gab es ja vorher schon. Was ist es also außer Bürokratie, wenn es kein Einstellungsstopp ist? Sie haben es nicht erklären können.

Herr Mackenroth hat auf seine nette, wohlgesetzte Art Informationen versprochen. Was kam dann? Phrasen, nur Phrasen! „Schlanke Strukturen durch das Standortegesetz“ – da kann ich nur sagen: teure Strukturen, aber keine schlanken Strukturen.

Wir haben erfahren, dass es einen Arbeitskreis in der Verwaltung gibt und dass dieses Thema der Staatsregierung wichtig ist. Aber wir haben noch nicht einmal erfahren, wer in der Staatsregierung eigentlich für die Personalentwicklung zuständig ist. Sie, Herr Finanzminister, sind zuständig für die Finanzen. Das ist gut und richtig. Aber wer ist eigentlich zuständig für die Personalentwicklung? Der Ministerpräsident und sein Vertreter, die jetzt all die Einzelfallentscheidungen des quasi Stellenstabes treffen? Die werden wohl keine Zeit haben.

Es ist doch eine lächerliche Veranstaltung, die wir hier erlebt haben. Und ich muss klar sagen, liebe Kollegen von der SPD: Das wird nicht der letzte Antrag dieser Art sein müssen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben heute gezeigt, dass Sie nicht mal den Ansatz eines Konzeptes bieten können. Sie haben uns und den Beschäftigten, der Öffentlichkeit nur allgemeines Gerede geboten. Ein politischer Totalausfall!

Und, Herr Kollege Mackenroth, wir reden doch nicht davon, Standards zu erhöhen. Wir reden darüber, dass wir die Standards unserer Pflichtaufgaben nicht halten können, bei den Lehrern, bei den Polizisten, in anderen wichtigen Verwaltungsbereichen. Nehmen Sie das endlich wahr! Nehmen Sie die Realität wahr! Sie sind offenbar als Koalition, als Regierung handlungsunfähig geworden, und umso dringender ist unser Antrag und unser Vorschlag.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
des Abg. Dr. Volker Külow, DIE LINKE)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich stelle die Drucksache 5/8694 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Stimmen dagegen, bitte? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen und Stimmen dafür ist der Antrag dennoch mit Mehrheit abgelehnt worden und der Tagesordnungspunkt beendet.

Erklärung zu Protokoll

Geert Mackenroth, CDU: Dem Antrag ist inhaltlich in vielem zuzustimmen, und dafür muss man die Kritik des Landesrechnungshofes zur ausstehenden Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik gar nicht teilen, um zu wissen: Eine integrierte Personalplanung/-entwicklung im Freistaat ist unverzichtbar. Der demografische Wandel ist schon heute in vielen Branchen der Wirtschaft zu spüren. Damit wird die Personalgewinnung auch für den öffentlichen Dienst zukünftig eine große Herausforderung sein.

Der Fachkräftebedarf in der Wirtschaft macht es für den öffentlichen Dienst zukünftig immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden. Der öffentliche Dienst wird mit der Wirtschaft um die besten Köpfe konkurrieren. Es stellt sich also die Frage: Wie attraktiv muss der öffentlich Dienst für zukünftige Arbeitnehmer sein bzw. werden?

Spätestens jetzt ist es an der Zeit, den Blick auf die künftige Personalstruktur des Landes zu lenken. Eine reine Stellenabbaupolitik verschenkt Potenziale, nicht selten geht mit dem Ausscheiden von Mitarbeitern auch ein erhebliches Know-how verloren. Ohne ein tragfähiges Personalplanungskonzept für den öffentlichen Dienst im Freistaat wird es zukünftig kaum möglich sein, dessen Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Personalplanung braucht verlässliche Daten zum Personalbestand (Potenzialanalyse), zum Personalbedarf, zur Personalbeschaffung, zur Personalentwicklung und zum Personaleinsatz sowie zur Personalfreisetzung. Erst auf Grundlage dieser Daten lassen sich Planungsszenarien entwickeln, die es möglich machen, die kommenden Veränderungsprozesse aktiv zu steuern, anstatt nur ad hoc zu reagieren.

Wir brauchen daher eine aktive und nachhaltige Personalpolitik. Deren Ziel muss es sein, Personalbestand, Personalpotenzial und Personalbedarf zu ermitteln, das Personal zu entwickeln, um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes unter den Bedingungen des demografischen Wandels zu erhalten, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu stärken, um im Wettbewerb mit der Wirtschaft um die besten Köpfe bestehen zu können.

Vieles davon – davon bin ich überzeugt – hat die Staatsregierung bereits auf den Weg gebracht. Der Weg ist zwar noch lang, aber Ihres Antrages bedarf es dafür nicht.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 13

Nein zum Kriegsflughafen Leipzig – Keine deutsche Beteiligung an einem drohenden Iran-Krieg

Drucksache 5/8652, Antrag der Fraktion der NPD

Es beginnt die einreichende Fraktion. Danach folgen CDU, DIE LINKE, SPD, FDP und GRÜNE sowie die Staatsregierung. Ich erteile nun Herrn Abg. Apfel das Wort.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jedes Jahr werden Hunderttausende von US-Soldaten über den Flughafen Leipzig-Halle in die Kriegsgebiete im Nahen Osten, nach Afghanistan und in den Irak verbracht. Nach Aussagen des Bundeswehroffiziers Heinz Dieter Jopp in einer Sendung des Nachrichtenmagazins „Fakt“ von 2009 ist der Flughafen Leipzig in seiner logistischen Bedeutung der zentrale Umschlagpunkt des amerikanischen Militärs, wenn es um den Transport amerikanischer Truppen aus den USA in die Einsatzräume und zurück geht.

An der Brisanz dieser Aussage ändert sich übrigens nichts, wenn man wie die Staatsregierung immer wieder darauf hinweist, dass die besagten Transporte von der privaten Fluggesellschaft World Airways besorgt werden, die im Auftrag des Pentagon fliegt. Das belegt nur die besonders unappetitliche Vermengung ziviler und militärischer Strukturen in einer Zeit, in der das schmutzige Geschäft des Krieges wieder an private Dienstleister ausgelagert wird, so wie das schon im Mittelalter und in der früheren Neuzeit mit den gefürchteten Söldnerheeren einer verrohten Soldateska der Fall war.

In der Bundesrepublik ist seit den Neunzigerjahren zu beobachten, dass die politische Klasse, die der westlichen Welt und ihren Profitinteressen hörig ist, verstärkt eine Remilitarisierung des Landes betreibt, eine Remilitarisierung, die 1999 darin gipfelte, dass die rot-grüne Regierung den US-Überfall auf Serbien militärisch unterstützt hat, wofür man Gerhard Schröder und Joschka Fischer eigentlich vor ein Kriegsverbrechergericht hätte stellen müssen.

(Beifall bei der NPD)

In Mitteldeutschland glaubte man lange, sich von dieser Tendenz abkoppeln zu können, denn laut 2+4-Vertrag sollten US- und NATO-Truppen niemals auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert werden dürfen. Diese Rechnung hat man aber wohl ohne die Sächsische Staatsregierung gemacht, die ernsthaft glaubt, dass man den Aufbau Ost mit der völkerrechtswidrigen Luftunterstützung der US-Army vorantreiben kann.

Noch im Juli 2007 wurde den Leipzigern versprochen, dass eine Menge Arbeitsplätze entstehen werden, da der Flughafen eine glänzende Zukunft als einer der europaweit größten zivilen Logistikdienstleister vor sich habe. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, dass die Verantwortlichen damit gescheitert sind, das Geschäft mit Touristen und dem zivilen Gütertransport in Schwung zu bringen. Stattdessen floriert am Leipziger Flughafen nunmehr das Geschäft mit dem Krieg.

Dieser Umstand kann durch die peinliche Geheimhaltungspolitik der Staatsregierung schon lange nicht mehr bemäntelt werden, denn zahlreiche Filmaufnahmen, die mit versteckter Kamera gedreht wurden, beweisen, dass Soldaten in Uniform in die Flugzeuge ein- und aussteigen.

Die NPD macht seit Jahren darauf aufmerksam, dass die fahrlässige, kurzsichtige Vermengung militärischer und ziviler Geschäftskonzepte den Flughafen und den gesamten Ballungsraum Leipzig einer großen Gefährdung aussetzt. Die Metamorphose von Teilen des Flughafens Leipzig zu einem NATO-Luftdrehkreuz macht nämlich auch eigentlich einer zivilen Nutzung vorbehaltene Teile des Flughafens in Zeiten einer sogenannten asymmetrischen Kriegsführung zu einem möglichen Angriffsziel.

Die menschenverachtende marktradikale Ideologie, die dafür Voraussetzung ist, kommt nicht nur in der kaltschnäuzigen Art und Weise zum Ausdruck, in der die Staatsregierung als Hauptanteilseigner des Flughafens den Krieg als Geschäftsfeld entdeckt hat, sondern auch in der totalen Ignoranz gegenüber den berechtigten Sicherheitsinteressen der Bürger.

Schlimmer noch: Es ist davon auszugehen, dass Wirtschaftsminister Morlok die Bürger ganz bewusst angelogen hat, als er im Dezember 2009 unter Verweis auf das Landeskriminalamt beteuerte, dass die Militärtransporte angeblich keine erhöhte Sicherheitsgefährdung für den Flughafen und seine Passagiere nach sich ziehen, und damit gebetsmühlenartig die Position der Staatsregierung